

Zur Paktkonferenz.

Berlin, 30. Sept. In den Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage soll ein Kompromiß zustande gekommen sein.

Berlin, 30. Sept. Belgien und Italien haben zur deutschen Note über die Teilnahme an der Sicherheitskonferenz ähnliche Erklärungen abgegeben, wie die französische und englische Regierung.

London, 30. Sept. Wie Reuters meldet, ist die britische Antwortnote erst gestern nachmittag abgefaßt worden. Eine weitere Reutersmeldung betont, daß es vielleicht zu weit gehen würde, die Vorgänge als eine Störung zu bezeichnen. Die Hauptsache sei, daß Deutschlands Annahme vorbehaltlos erfolge. Es bestehe kein Grund, der gegen die Abhaltung der ersten Sitzung am Montag in Locarno spreche.

Paris, 30. Sept. Außenminister Briand wird in Begleitung des Unterstaatssekretärs Verhelot bereits am Freitag im Auto die Reise nach Locarno antreten.

Die deutsche Abordnung für die Paktkonferenz.

Berlin, 30. Sept. Die deutsche Abordnung zur Paktkonferenz wird am Sonnabend abend in einem Sonderzuge Berlin verlassen. Neben den Hauptvertretern, Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann, werden Staatssekretär Schubert vom Auswärtigen Amt, der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Kempner, Ministerialdirektor Gaus, Ministerialdirektor Runder von der Reichskanzlei und der Reichspressesekretär Ministerialdirektor Kiep teilnehmen. Des ferneren werden noch einzelne sachverständige Beamte die deutsche Abordnung begleiten, so z. B. der Referent für Völkerbundsfragen v. Bülow. Insgesamt dürfte die deutsche Abordnung aus 25—30 Personen bestehen.

Die Deutschnationalen zu den Paktverhandlungen.

Berlin, 30. Sept. Der deutschnationale Parteiführer Graf Westarp nimmt in der „Kreuz-Zeitung“ zu dem Thema „Völkerbund und Sicherheitspakt“ Stellung. Einleitend bemerkt er, daß Deutschlands Kampf gegen die Schuldfrage mit dem nun endlich erfolgten Widerruf nicht beendet sei. Nun gelte es erst recht, die Wahrheit mit immer neuen Mitteln zu bekräftigen und für sie in der Welt zu werden. Es bleibe die Aufgabe zu erreichen, daß die Gegenseite auf diese Beschuldigung verzichtet. Die Forderung einer neutralen Untersuchung müsse daher vorbehalten bleiben.

Hinsichtlich des Programms für die bevorstehende Ministerbesprechung und ihres Charakters bemerkt Graf Westarp u. a.: Der vorläufige Charakter der Besprechung muß besonders gewahrt werden, weil nach deutscher Auffassung vor Eintritt in die endgültige Konferenz noch bestimmte Vorleistungen erfüllt werden müssen. Graf Westarp begrüßt die amtliche Mitteilung, daß deutscherseits der Abschluß der Verträge nicht in Frage komme, bevor nicht die unberechtigten Forderungen der Entwaffnungsnote fallen gelassen seien und die Kölner Zone geräumt sei. Treffend dies aber zu, so werde auch die Einladung zur endgültigen Konferenz von Deutschland nicht angenommen werden können, bevor nicht die Erfüllung dieser Forderungen gesichert sei. Ferner müsse auch die Revision des Befehlsregimes vor Eintritt in eine Konferenz gesichert sein.

Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anlangt, so fordert Graf Westarp, daß der Artikel 16 seinem ganzen Inhalt nach durch rechtlich bindende Abmachungen für Deutschland außer Kraft gesetzt wird. Ebenso bedeutsam sei der Grundgedanke, daß weder der Eintritt in den Völkerbund, noch der Abschluß von Sicherheits- und Schiedsgerichtsverträgen einen freiwilligen Verzicht auf deutsches Land und Volk bedeuten dürfe. Schon bei der Ministerbesprechung dürfe kein Zweifel darüber gelassen werden, daß nur auf dieser Grundlage weiterverhandelt werden kann.

Weitere Pressestimmen zum Rotenwechsel.

Die „Deutsche Zeitung“ dokumentiert ihren Standpunkt, indem sie der Veröffentlichung der Noten die Ueberschrift gibt: „Aufrechterhaltung der Kriegsschuldfrage, trotzdem deutsche Zustimmung zur Konferenz.“ Der „Lokal-Anz.“ schreibt u. a.: Zwei Dinge, von denen das Kabinett Luther überzeugt war, mußten unbedingt vor Zusammentritt der Ministerkonferenz gelöst werden. Diese sind klar und energisch gesagt worden, ohne daß böse Rückwirkungen eingetreten wären, ohne daß die Konferenz daran gescheitert wäre, ohne daß die Atmosphäre dadurch getrübt worden wäre, ein Fingerzeig, ein sehr belehrender: Man braucht uns. Man ist daher gezwungen, auf den deutschen Standpunkt Rücksicht zu nehmen. Wir werden also diesen deutschen Standpunkt auch in allen noch übrigen fristigen Fragen mit größter Seelenruhe in gleicher Entschiedenheit zur Geltung bringen können, ohne daß uns das schadet, aber dann kommt vielleicht der Sicherheitspakt nicht zustande, vielleicht jetzt nicht, aber die Zeit läuft für uns, und wenn es dazu käme, würde man die Erfahrung machen, daß uns auf einer zweiten Konferenz gern gezahlt würde, was man etwa auf der von Locarno zu zahlen sich noch gesperrt hätte. Die „Berliner Börsenzeitung“ sagt: Es wäre wünschenswert, einen Sicherheitspakt abzuschließen, wenn nur kleine Zugeständnisse erreicht werden, ohne daß jene deutschen Voraussetzungen, die in erster Linie dem Rheinland schnelle Erleichterung bringen sollen, erfüllt werden.

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet, die deutschnationalen Forderungen hätten zu einem Mißerfolg und zur Schwächung der deutschen Position geführt. In dieselbe Reihe haben die „Germania“ und der „Vorwärts“. Das Zentrumblatt gibt an, die Reichsregierung hätte sich in der Kriegsschuldfrage durch das Drängen der Deutschnationalen in eine Sackgasse treiben lassen, aus der sie nicht herauskommen könne, ohne eine Blamage einzustechen. Der „Vorwärts“ gibt zu, daß die Regierung diese Aktion mit größter Beaufmerksamkeit unternommen habe.

„Echo de Paris“ glaubt, daß man dadurch, daß offiziell von deutschen Vorbehalten nicht mehr gesprochen werde, den Schwierigkeiten nur dem Scheine nach aus dem Wege gegangen sei. Nachdem Deutschland sein Ziel aufgegeben habe, dürfe man sich fragen, ob man von ihm besondere Konzessionen erwarten könne. Der „Gaulois“ erklärt, daß es im Interesse der

Entwaffnungsfrage in Locarno vorzugehen sei, wenn Stresemann die von den Nationalisten gegen den Garantievertrag und die Schiedsgerichtsverträge vorbereitete Note jetzt schon abgelehnt habe. Man müsse aber gleichwohl beunruhigt sein. Die Nationalisten hätten die Kriegsschuldfrage aufgeworfen, um den Marschall Hindenburg von der gerichtlichen Klage reinzuwaschen, selbst er sich auf der Liste der Kriegsschuldigen befinde. Man könne aber nicht zweifeln, daß sie sich mit rein platonischen Rumbildungen zufriedeln geben würden (1). Der „Clair“ äußert ebenfalls Bedenken an dem Erfolg der Sicherheitskonferenz.

Paris, 30. Sept. Im „Temps“ wird die deutsche Demarche als Fehler bezeichnet und dann weiter ausgeführt, daß die Lage allein durch das ebenso höfliche wie entschlossene Vorgehen der Rabinette von Paris und London geettet wurde. Ebenso erklärt auch „Journal des Debats“, daß die deutsche Demarche erfolglos blieb. Im übrigen bedauert das Blatt, daß die Organe des Kartells der Linken vor kurzem in der Kriegsschuldfrage die These einer Verteilung der Verantwortlichkeit aufgestellt hätten. „Liberte“ schreibt nach einem Hinweis darauf, daß der Abschluß eines Sicherheitspaktes ebenso von Chamberlain wie von dem radikal-sozialistischen Kartell in Frankreich und von der Regierungskoalition in Belgien gewünscht werde u. a.: Wenn man der Berliner Regierung ohne Zweifel sagen darf, daß sie für die Konferenz von Locarno keine Bedingungen zu stellen habe, so steht es Stresemann nicht weniger frei, seinerseits zu erklären, daß, wenn man in Frankreich den guten Willen Deutschlands für notwendig halte, man Deutschland dafür belohnen müsse. Man kann also den deutschen Forderungen, die der Botschafter von Hoehch vorgebracht hat, keinesfalls ausweichen, weil sie untrennbar vom Pakt sind, der doch zwischen Freunden und nicht zwischen den Siegern und dem Besiegten abgeschlossen werden soll.

Schlichterin in Berlin.

Berlin, 30. Sept. Der russische Außenminister traf am Mittwoch mittag mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug Warschau—Paris auf dem Schlesienschen Bahnhof in Berlin ein. Als Vertreter der Reichsregierung begrüßten Staatssekretär v. Schubert und Generalkonsul v. Dikfen den russischen Außenminister. Die russische Botschaft war durch den Gesandten Grefsinjtz vertreten.

Wie Franzosen von Deutschen behandelt werden.

Freiburg, 30. Sept. Nachdem der durch Urteil des Schöffengerichts Freiburg zu der Strafe von 5000 Mark, von der aber 2000 Mark durch die Unternehmungshaft als verbüßt gelten, verurteilte französische Flieger Coles die Erklärung abgegeben hat, daß er sich, falls er aus der Haft entlassen werde, alle Mühe geben werde, die Reststrafe durch Vermittlung seiner Firma Brequet oder aus eigenen Mitteln zu bezahlen, andernfalls nach der Befreiung seiner Heimatbehörde über die Unmöglichkeit, die Strafe zu bezahlen, um gnadenweisen Nachlass bitten wird, hat der Staatsanwalt seine Haftentlassung verfügt.

Wieder ein französisches Schandurteil.

Mainz, 30. Sept. Gelegentlich einer Truppenübung war von französischen Soldaten die Tür eines kleinen Wachturmes in der Nähe von Alzen aufgedrückt und das Schloß der Tür entfernt worden. Der kleine Schaden wurde vorschriftsmäßig aufgenommen und auf dem Umwege durch Bürgermeister Dr. Hill von Alzen zwecks Regelung weitergeleitet. Es handelte sich um 15 Mark für ein neues Schloß. Später ist nun das gewalttätig entfernte Schloß in einer Ecke des Turmes aufgefunden worden und die Stadt ließ es für 5 Mark ausbessern und wieder anbringen. Das französische Militärgericht in Mainz hat nun den Bürgermeister Dr. Hill wegen wissentlicher falscher Angaben zu der unglücklichen Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

„Tüchtige“ Auswertener.

Hagen, 30. Sept. Es gibt bekanntlich einen Reichsbank-Gläubigerverband, der die alten Reichsbanknoten aufgewertet wissen will. In dem Bezirksverein Hagen des Verbandes hat eine Mitgliederversammlung stattgefunden, die überaus stürmisch verlief und in der die Vorstandsmitglieder außer dem Vorsitzenden fehlten, welcher letzterer aber ebenfalls sein Amt niederlegte. Der eine der Rechnungsprüfer geißelte das sträfliche Verhalten der Vorstandsmitglieder mit den Mitgliederbeiträgen. In allen Verhandlungen und bei jeder sonstigen Gelegenheit hätten die Vorstandsmitglieder immer betont, daß sie nur aus Idealismus und allein im Interesse der Mitglieder für die Sache tätig wären, während sie sich in unehrdlicher Weise an den Mitgliederbeiträgen bereicherten hätten. Gleich nach der Bestimmung des betreffenden Herrn zum Kassensprüfer sind die Vorstandsmitglieder einzeln zu ihm gekommen und haben sich gegenseitig bei ihm angehängelt. Sie hatten sich einen großen Teil der Vereinstafel angeeignet, indem sie sich unberechtigte Auslagen bei jeder unkontrollierbaren Gelegenheit, oft einen um den anderen Tag selbst bewilligt und von dem Beitrag jedes neu geworbenen Mitgliedes 50 Pfennig für sich behalten hatten. Wiederholt hatten die Vorstandsmitglieder hunderte Mark unter sich verteilt. Von einer großen Versammlung wurde nur die Hälfte des eingenommenen Eintrittsgeldes gebucht usw. Bezeichnend sind besonders die Aufwendungen für die Feden der Vorstandsmitglieder. Die Versammlung beschloß, das Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft zu beantragen.

Breslau, 30. Sept. Der Oberkanonier Prisklent war im Januar aus seiner Garnison aus Furcht vor Strafe desertiert. Er ging über die polnische Grenze. Vor der polnischen Polizei machte er verschiedene landesverräterische Angaben. Er erbot sich auch, verschiedene militärische Schriften und Bücher herbeizuschaffen. P. wurde vom Oberlandesgericht zu drei Jahren vier Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurteilt.

München, 30. Sept. In Mailand hat sich ein Komitee gebildet, das beabsichtigt ist, die italienische Regierung für eine direkte Eisenbahnverbindung München—Mailand zu interessieren. Die Bahnstrecke würde die von München über Garmisch—Partenkirchen und Vermoos bestehende Linie beanspruchen. Der Fernpaß soll durch einen Tunnel überwunden werden, wobei die Strecke bis Inz in Lande weitergeführt würde. Von hier aus soll die Linie über Trosoi nach San Paolo im Val d'Aosta führen und durch einen weiteren Tunnel das Pertotal und dann über Bergamo Mailand erreichen.

Die staatlichen Maßnahmen zur Preislenkung.

Berlin, 30. Sept. Die Reichsregierung gibt heute in einem umfangreichen Memorandum eine zusammenfassende Darstellung über ihre Maßnahmen zur Preislenkung. Diese Maßnahmen sind zum Teil durchgeführt, zum Teil in der Durchführung begriffen, weitere werden vorbereitet.

Das Memorandum besagt, daß die Ermäßigung des Umsatzsteuer in der Preisbildung am 1. Oktober nur dort in Erscheinung treten kann, wo der letzte Verkauf im Handel mit der Umsatzsteuer belastet ist. Auf dem Gebiet der industriellen Erzeugnisse haben die Verhandlungen mit den Verbänden in einer ganzen Anzahl von Fällen zur Zurücknahme von beabsichtigten Preissteigerungen geführt. Mit Wirkung vom 1. Oktober ab sind weitere Preislenkungen, z. B. von Rohseisen, Stabeisen, Kohlen, Hausbrandbriketts und Zement gesichert.

Die Reichsregierung verweist ferner auf ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Mißbräuche im Kartellwesen. 65 bedeutendere Verbände erklären sich heute bereit, künftig nur in Reichsmark zu fakturieren. Eine vergleichsweise hohe Zahl ist zu Festpreisen übergegangen. Die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder haben ihre Unterstützung bei der Überwachung der Kartelle, namentlich solcher von nur örtlicher Bedeutung zugesagt.

Auf dem Gebiete der Ernährung wird hervorgehoben, daß Getreide und Kartoffeln im Preis verhältnismäßig niedrig stehen. Es ist Vorzorge getroffen, daß der Brotpreis dem sinkenden Getreidepreis folgt. Der Verkauf von vollreinem Gefrierfleisch erfolgt vom 1. Oktober ab unter Überwachung durch die Gemeinden. Der Margarinepreis ist gegenüber dem Vorkriegspreis um etwa 10 Prozent erhöht. Die Margarineindustrie hat sich bereit erklärt, die bisherige Bindung des Kleinhandels an feste Verkaufspreise fallen zu lassen. Bei Zucker wird eine weitere Preisermäßigung erwartet. Auch auf diesem Gebiet haben die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder ihre volle Unterstützung zugesagt.

In den nächsten Tagen werden die Leiter der mittleren Preisprüfungsstellen und die Sachreferenten der Länderregierungen mit dem Reichswirtschafts- und Reichsberufungsministerium die Richtlinien für das weitere vordringliche Vorgehen festlegen. Das Vorgehen soll sich vor allem auf die örtliche Preisbildung erstrecken, die einem zentralen Zugriff unzugänglich ist. Hierzu gehört vor allem auch Obst und Gemüse. Das Memorandum erwähnt dann die bestimmten Tarifmaßnahmen der Reichsbahn. Mit den Kommunen werden Verhandlungen wegen der Preise für Gas, Wasser, Elektrizität usw. aufgenommen werden. Bei Vergebung von öffentlichen Aufträgen ist der freien Konkurrenz dadurch wieder zur Geltung verholfen worden, daß Anweisung an die Reichsressorts ergangen ist, bei der Abgabe eines Angebots Erklärungen über Preisvereinbarungen zu erlangen. Die Richtigkeit der Erklärungen soll durch konventionale Strafen sicher gestellt werden. Das Reichswirtschaftsministerium prüft die Frage einer diesbezüglichen gesetzlichen Regelung. Mit den Ländern und Gemeinden sind Verhandlungen darüber eingeleitet.

Zur Durchführung des Gesetzes über Änderung des Finanzausgleichs vom 10. August, der den Ländern und Gemeinden die Aufstellung einer Uebersicht über Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1925 und das erste Halbjahr 1926 im Vergleich zum Jahre 1913 vorschreibt, bezieht der Reichsfinanzminister einen Verordnungsentwurf vor. Die Zinsätze für öffentliche Gelder sind herabgesetzt worden. Beim Bankgewerbe haben die Vermittlungen der Reichsregierung den Erfolg gehabt, daß das Bankgewerbe die Kredit- und Akzeptprovisionen vom 1. Oktober ab um 20 Prozent der derzeitigen Höhe, d. h. von 4 auf 2 Prozent monatlich ermäßigt. Die Giroprovisionen für Kredite der Golddiskontbank sind bereits von 3 auf 2 Prozent herabgesetzt worden. Auch die Girogebühren der Banken bei Reichsbanküberweisungen sind in Fortfall gekommen. Die Reichsbank wird die Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Die Gesetzesvorlage über die Aufhebung der Geschäftsaufsicht wird so gefördert werden, daß sie im Reichstag alsbald nach dessen Aufammentritt vorgelegt werden kann. Die Frage der Herabsetzung der Gerichts- und Anwaltskosten wird im Reichsjustizministerium geprüft. Wegen einer Herabsetzung der patentamtlichen Gebühren schweben Verhandlungen.

Die Industrie zur Fakturierungsfrage.

Berlin, 30. Sept. Wie bereits mitgeteilt, hat der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschlossen, Richtlinien in der Fakturierungsfrage aufzustellen. Sie haben folgenden Wortlaut: Der Reichsverband der Deutschen Industrie empfiehlt seinen Mitgliedern die Preisstellung und Fakturierung in Reichsmark. Soweit besondere Verhältnisse eine Preisstellung in Goldmark zur Zeit noch nicht entbehrlich erscheinen lassen, wird die Goldmarkfakturierung in Verbindung mit Feingold gemäß den bisherigen Beschläüssen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie empfohlen. In denjenigen Ausnahmefällen, in denen eine Preislenkung in Fremdwährung unvermeidlich erscheint, ist eine besondere Verhandlung mit dem Reichswirtschaftsministerium notwendig, wobei der Reichsverband zur Vermittlung zur Verfügung steht. Der Reichsverband hält die Ausübung des Kartellzwanges mit dem Ziele, die Preisstellung in Reichsmark zu verbieten, für unzulässig.

Berlin, 30. Sept. Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurden vom Reichskanzler zu einer Aussprache über Möglichkeiten weiterer Preislenkung empfangen. Sie erklärten sich bereit, die eingeleitete Preislenkung mit allem Nachdruck zu unterstützen. Die Konsumvereine werden darauf Bedacht nehmen, daß ihre Verkaufspreise unter sparsamster Kalkulation festgesetzt werden.

Berlin, 30. Sept. Wegen Lohnforderungen sind in einer Reihe von Fuhrwerksunternehmungen sowie in zwei Metallwarenfabriken zusammen etwa 200 Arbeiter in den Streik getreten.

Philadelphia, 30. Sept. Eine Reihe von Delegierten zum Kongreß der interparlamentarischen Union besichtigte heute die Unabhängigkeitshalle. Dabei kam es zu einem Zwischenfall. Das Mitglied des irischen Parlamentes Mulehagh wurde von einem Unbekannten angefallen. Der Abgeordnete wurde geschlagen. Auch andere Delegierte wurden in der Unabhängigkeitshalle sowie am Bahnhof überfallen und mißhandelt. Bisher wurden 16 Personen verhaftet.